

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

4.1.1927 (No. 2)

Expedition:
 Karlsruher-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postkontonr.
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. H. M. E. n. d.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstaltliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnungswesen, wozu die Zeitungs- und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druck- sachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Bestellungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtag

* Zur Neujahrsrede des Badischen Staatspräsidenten

Nur dann wird der demokratische Staat eine Herzensangelegenheit des gesamten Volkes sein, wenn es gelingt, alle Schichten, zumal aber die Massen der Minderbemittelten, der Lohnempfänger und Arbeitnehmer innerlich für diesen Staat zu interessieren. Ob es gelingt, ein solches Interesse zu erwecken, wird entscheidend von der anderen Frage beeinflusst, ob es möglich ist, den Massen des Volkes sozial und wirtschaftlich Daseinsbedingungen zu schaffen, die objektiv eine gewisse Zufriedenheit gewährleisten. Erst von dieser Erkenntnis aus empfängt der Begriff des sozialen Staates seine wahre Bedeutung. Der soziale Staat ist derjenige Staat, der nicht nur dem Reichtum der Nation, sondern auch dem Reichtum Emporstrebenden dient, sondern bei allen seinen Maßnahmen auf die Lage der Minderbemittelten, der untersten Schichten der Bevölkerung Rücksicht nimmt.

Die Wohlfahrt des Staates selbst hängt schließlich von der Stimmung und der Haltung der Massen seiner Bevölkerung ab. Denn die Zeiten sind endgültig vorbei, in denen man diese Masse als ein willenloses Werkzeug obrigkeitlicher Politik hin- und herschieben konnte. Mag die Wirkung der politischen Willensmeinung dieser Massen auch nicht immer sofort in Erscheinung treten, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß heutzutage sich keine Regierung auf die Dauer im Besitze der Macht erhalten kann, wenn sie nicht so oder so die Massen des Volkes für die von ihr angewandte Regierungsmethode gewinnen kann. Die Konzeptionen, welche die Sowjetdiktatur des Proletariats in Rußland bisher gemacht hat, sind alle von dem Wunsche geboren, die Massen des russischen Volkes mit dem Sowjetregime zu versöhnen. Und wenn dieses Ziel nicht erreicht werden sollte, wird die Herrschaft der Sowjets in Moskau eines Tages zu Ende sein.

Ohne soziale Gedanken und ohne eine energische und umsichtige sozialpolitische Regierungspraxis läßt sich heute keine europäische Nation mehr regieren. Und ein Staatsgefüge ist solange in Gefahr, als es nicht gelingt, gerade den Massen des Volkes die Überzeugung beizubringen, daß ihre Räte, die naturgemäß viel drückender empfunden werden, als von den Besitzenden und auf Lebenszeit Angestellten, vom Staat, d. h. praktisch von der Regierung und von den Parlamenten verstanden und gemildert werden. Kein Geringerer, als Adam Stegerwald, hat noch vor kurzem die Ansicht ausgesprochen, man könne es den untersten Schichten des deutschen Volkes durchaus nicht so übel nehmen, wenn sie sich innerlich dem neuen Staat noch nicht in der von allen einseitigen Politikern gewöhnlichsten Weise genähert hätten; denn wirtschafts- und sozialpolitisch habe sich durch den Weltkrieg und die Revolution so gut wie nichts geändert, wirtschafts- und sozialpolitisch sei die Machtverteilung im wesentlichen auch heute noch dieselbe, wie unter dem alten System.

Von den gleichen Anschauungen ist der Badische Staatspräsident, Dr. Heinrich Köhler, und mit ihm ein jedes Mitglied der badischen Regierung beseelt. Gerade in der Neujahrsansprache des Staatspräsidenten hat der Gedanke vom sozialen Staat einen rhetorisch und stilistisch besonders markanten Ausdruck gefunden, so daß man sagen kann, daß die Stelle der Rede, die sich mit diesem Thema befaßt, ihr Kernpunkt ist. Mit zwingender Gewalt hat der Staatspräsident die ungeheure Not des Tages geschildert, die körperliche sowohl wie die seelische Not. Und er hat unter Hinweis auf diese Not einen Appell an die besser Situierten, an die Gesättigten und behaglich Wohnenden gerichtet, einen Appell, von dem wir hoffen möchten, daß er in die Herzen aller — nicht nur in Baden, sondern im ganzen Reich — seinen Widerhall finde. Er hat diesen Appell ausmünden lassen in die Sätze: „Von jenen Millionen Hungern und Darbenden, von den Wohnungslosen, den in Kellern und Winkeln hausenden, verlangt Ihr Staatsgesinnung und Heimatgefühl und seid entsetzt über die Ausbrüche ihrer Unzufriedenheit. Wo kein Raum ist, der das Gefühl des Eigenen gibt, da kann kein Heimatgefühl entstehen. Der Hunger aber ist der größte Revolutionär. Erkennet doch überall im Staate die ungeheure Gefahr, die in diesen Hungern und Heimatfremden heranwachsen muß, diesen Armen, die dem Staate dadurch entfremdet werden und sie an ihm verzweifeln läßt. Doch nicht nur der Staat, jeden einzelnen von uns geht es an. „Mich jammert des armen Volkes“, das Wort

des Größten, der je diese Erde betreten hat, muß lebendig werden in uns allen. Der Schwur zur eiligen Hilfe muß uns Pflicht und Gebot sein.“

Jeder moderne und jeder christliche Staat wird diese Sätze als Motto seiner ganzen Regierungsfunktion akzeptieren müssen. Denn sonst hätte er seinen Beruf verfehlt. Daß die Not nicht immer lediglich im Materiellen zu suchen ist, hat der Badische Staatspräsident wohl erkannt. Ja, er empfindet die seelische Not als die größere. „Außerlich nicht erkennbar, spielen sich in Hunderttausenden von Herzen erschütternde Tragödien ab. Stößt diese Armen nicht weg. Urteilt nicht roh über sie und ihre Kämpfe. Seid ihnen und ihren jugendlichen Seelen und Herzen vielmehr wirkliche Sorgen der Seele. Helft diesen Gottsuchenden, auf daß wieder Ruhe in ihre gequälte Brust einziehe.“

Einer solchen Not gegenüber ist die Zahl der Helfenden immer noch zu gering. Um so herzlicheren Dank hat der Staatspräsident deshalb allen den Organisationen und Einzelpersonen ausgesprochen, die bisher praktisch, mit helfender Tat für die Armen der Armen tätig waren. Und wenn er in diesem Zusammenhang wünscht, bei der ganzen karitativen Arbeit möchte das Herz wieder die Führung übernehmen, und nicht der Bürokratismus, dann wird man ihm hierin durchaus beipflichten.

Auch sonst enthält die Ansprache so manche Stelle, die beherzigenswert für alle ist. So, wenn der Badische Staatspräsident von der Reichswehr die Einordnung in den neuen Staat, den Dienst an der Nation und für die Nation, so wie sie ist, von unserem Volke aber Vertrauen und Wertschätzung der Reichswehr gegenüber erwartet. So, wenn er mit der Ehrfurcht vor der großen politischen und kulturellen Vergangenheit des deutschen Volkes die Forderung verbindet, dafür zu sorgen, daß die neue Form unseres staatlichen Lebens, die Republik, nicht nur ein juristischer Tatbestand sei, sondern ein patriotisches Erlebnis werde. So, wenn er die Stetigkeit der inneren Politik als die wichtigste Voraussetzung einer wirklich erfolgreichen Politik bezeichnet und von den Volkvertretern erwartet, daß sie frei von jedem Stokettieren mit vorübergehender Volksgunst — man könnte auch sagen: mit der vorübergehenden Gunst einzelner Volksteile — nur das wahre Wohl des gesamten Volkes als höchstes Gesetz anerkennen.

Zum Schluß seiner Ansprache hat der Badische Staatspräsident auf die Notwendigkeit der Kulturpflege durch den Staat hingewiesen. Diese Kulturpflege sollte die edelste Tatkraft aller deutschen Länder sein. Gerade uns hier im Südwesten sei die große Aufgabe zugefallen, deutsche Kultur zu pflegen, daß sie ein klares und werbendes Abbild sei des deutschen Kulturlebens überhaupt. Wir sind überzeugt, daß das badische Volk auch im neuen Jahre diese heilige Pflicht, die ihm hier der Staatspräsident zuweist, mit allem Eifer und allem Ernst erfüllen wird.

Eröffnung des Fernverkehrs Deutschland-Oesterreich

Der Fernverkehrsverkehr Deutschland-Oesterreich wurde heute Dienstag vormittag in Wien durch einen Festakt in der Hofburg eröffnet, an dem der Bundespräsident, der Bundeskanzler, der deutsche Reichspostminister mit Herrn seines Stabes, die Spitzen der Behörden und führende Persönlichkeiten aus Industrie und Handel teilnahmen. Bundespräsident Hainisch richtete über die neue Linie an den Reichspräsidenten v. Hindenburg herzliche Worte der Begrüßung. v. Hindenburg gab in seiner Antwort der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Verbindung den geistigen und wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen beiden Völkern noch enger gestalte. Daran schloß sich ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Seipel und dem Reichkanzler Dr. Marg. Der Generaldirektor der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung würdigte die Verdienste der deutschen Reichspostverwaltung, des deutschen Reichspostministers und der österreichischen Postbehörden um das Gelingen des großen Werkes. Generaldirektor Hofmeister kündigte an, daß im Frühjahre die Fortsetzung des Netzes von Wien nach Budapest zu erwarten sei.

August von Simson 7. An den Folgen einer Grippe ist am Montag im Alter von fast 90 Jahren der Senior der Berliner Rechtsanwälte, Geheimrat Justizrat Aug. von Simson gestorben. Er war der Sohn Eduard von Simsons, des Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung, des ersten Reichstages des Norddeutschen Bundes und des Zollparlamentes, sowie des ersten Reichspräsidenten. Viele Jahre war der Verstorbenen Vorsitzender der Berliner Anwaltskammer. Ferner führte er den Vorsitz des Aufsichtsrates im Amsterdamer Hause der Firma Wendelssohn und war Mitglied des Aufsichtsrates der Krupp A. G. und der J. G. Farbenindustrie.

50 jähriges Bestehen der Reichsjustizverwaltung

Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Reichsjustizverwaltung hatte der Reichsjustizminister Dr. Well am Montag Einladungen ergehen lassen. Außer den Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern des Justizministeriums war in Vertretung des verstorbenen Reichspräsidenten der Reichs- kanzler, ferner die in Berlin anwesenden Reichsminister und Staatssekretäre, mehrere ehemalige Justizminister, der österreichische Gesandte, das Reichstagspräsidium, die stimmungsführenden Bevollmächtigten der Länder zum Reichstagsrat, die Präsidenten des Reichsgerichts und des Reichspatentamtes, der Oberreichsanwalt, der Reichspresseschef, Vertreter der Universitäten, des Richterbundes und der Rechtsanwaltschaft erschienen.

Reichsjustizminister Dr. Well richtete an die Anwesenden eine Ansprache, in der er einen Rückblick auf die 50jährige Arbeitszeit dieser Behörde gab. Er gedachte des ersten Leiters des Reichsjustizamtes, Heinrich von Friedberg, und der Aufgaben, die dem neuen Reichsamte gestellt waren, um der politischen Einigung Deutschlands ein einheitliches deutsches Rechtsband hinzuzufügen, das dann im Reichsstrafgesetzbuch, den großen Zivil- und Strafprozessordnungen, dem Reichsgericht mit dem ersten Präsidenten von Simson an der Spitze, dem Bürgerlichen Gesetzbuch, mit dessen Geschichte der Name des Staatssekretärs von Nieberding unauslöschlich verknüpft sei, und dem neuen Handelsgesetzbuch verwirklicht wurde. Dr. Well erinnerte weiter an die verantwortungsschweren Aufgaben der Reichsjustizverwaltung in der Kriegs- und Nachkriegszeit, die den Gesetzgeber Tag für Tag vor neue Aufgaben stellten. Mit besonderer Genugtuung gedachte er der rechtlichen Bande, die uns seit langem mit dem stammesverwandten Oesterreich verbinden und gab dem Wunsche Ausdruck, daß Recht und Gerechtigkeit die Grundpfeiler bleiben für das Staatsgebäude der Deutschen Republik. Der Minister schloß mit einem Hoch auf das Deutsche Reich und den Reichspräsidenten.

Als Erwiderung hielt Reichskanzler Marg eine Rede, in der er u. a. ausführte, das Reichsjustizministerium habe die Rechtsgrundlagen für den Wiederaufbau des Reiches gelegt; aber mit der Bewältigung der gewaltigen Aufgaben der Vergangenheit sei es nicht getan. Die Forderungen, die die Gegenwart auch an das Reichsjustizministerium stelle, seien nicht geringer geworden. Im Gegenteil! Das Reichsjustizministerium müsse in unserem neuen Reich die Stelle sein, die das Recht als solches entwickeln und fördern wolle und nur ein Ziel kenne: dem Gedanken des Rechts die Stellung zu geben, die ihm gebührt. Die Behauptung dieser wichtigen Stellung und die Lösung der vielen sich ergebenden Aufgaben würden dem Reichsjustizministerium erleichtert durch den engen Zusammenhang mit den Justizverwaltungen der Länder. Das Ministerium beghe seine Beamten durch die Entsendung hochqualifizierter Persönlichkeiten aus dem Justizdienst der einzelnen Länder. Es sei, wenn er so sagen dürfe, der Generalstab, durch den die neuen Gedanken auf dem Rechtsgebiete, die durch die rastlos vorwärts schreitende Zeit emporgerufen werden, ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden. In dieser Arbeit werde das Reichsjustizministerium gestützt durch die Fakultäten der deutschen Universitäten, die Forscher und Lehrer der juristischen Wissenschaft. Die Sorgen der Gegenwart seien dringender denn je. Wir wollten uns nicht sagen lassen, daß der Niedbruch deutscher Macht ein kleines und schwaches Geschlecht gefunden habe, sondern wir wollten mutig im Vertrauen auf die Kräfte unseres Volkes am Wiederaufbau arbeiten.

Die Erlasse an die Wehrmacht

Der schon kurz erwähnte Erlaß des Chefs der Heeresleitung, General Heye an das Reichsheer hat folgenden Wortlaut:

„Ein ernstes Jahr liegt hinter uns! Unbeirrt durch alles Schwere hat das in Gehorsam, Manneszucht und treuer Kameradschaft fest geeinte Reichsheer auch in diesem Jahre aufrecht, still und selbstlos seine Pflicht getan. Dafür sage ich jedem Angehörigen Dank und Anerkennung.“

Unsern der Reichsverfassung geleisteten Eide unerschütterlich treu, dem ganzen deutschen Volk gehörig, keiner Partei dienend, so treten wir mit blankem Ehrenschild als scharfes, zuverlässiges Instrument des Staates in das neue Jahr. Ich habe die sichere Zuversicht, daß das deutsche Volk in allen seinen Teilen mehr und mehr erkennen wird, daß die Wehrfähigkeit unseres Reichsheeres wie bisher so auch in Zukunft treue, unbeirrbare Pflichterfüllung und selbstlose Hingabe an den Dienst für Volk und Vaterland sind. Was wir dazu tun können, wollen wir tun. Wohlan denn Kameraden, furchtlos und treu voran, mit Gott im festen Glauben an Deutschlands Zukunft!“

Der Erlaß des Chefs der Marineleitung Admiral Zenker an die Reichsmarine lautet: „Mit meiner dankbaren Anerkennung für die treue Arbeit dabei und über See verbinde ich meine herzlichsten Neujahrswünsche für die Reichsmarine. Unbeirrt durch die Kämpfe der Parteien werden wir auch im kommenden Jahr nur dem Vaterlande dienen, uns allezeit uneingeschränkt zu dem Fahnenbild bekennend, den wir auf die Verfassung des Deutschen Reiches geschworen und bisher unverbrüchlich gehalten haben. Uns deutschen Soldaten gilt es jetzt und immerdar nur eine Lösung: „Für Volk und Reich!“

Kein Zusammenritt des Reichskabinetts in dieser Woche. Ein Zusammenritt des Kabinetts in dieser Woche ist, wie den Berliner Blättern mitgeteilt wird, bis jetzt nicht vorgesehen.

Politische Neuigkeiten

Neue Zwischenfälle

Wie der „Mainzer Anzeiger“ berichtet, stieg am Neujahrstage nachmittags ein französischer Fliegeroffizier in Gornheim in die Straßenbahn. An der Station „Waggonfabrik“ wollte der Offizier das Endziel des Fahrstreifens in „Gauter“ umgeändert haben, was der Schaffner pflichtgemäß ablehnte, da eine nachträgliche Änderung gegen die Vorschriften verstößt. Darauf verlangte der Offizier von dem Beamten, den Strich auf dem Fahrstreifen wegzuräumen und eine neue Markierung vorzunehmen. Als der Schaffner dieses Ansinnen mit der Begründung ablehnte, daß er sich dadurch einer Unkundenfälschung schuldig machen würde, antwortete der Offizier mit einem Schlag ins Gesicht des Schaffners.

In Rehl haben am Silvesterabend 3 französische Soldaten in betrunkenem Zustand einen von der Arbeit kommenden Mann vom Rade heruntergeworfen, der sich angeblich über sie lustig gemacht haben soll. Dabei nahmen sie ihm die Fahrradlaternen weg. Einen zweiten Radfahrer wollten sie gleichfalls vom Rade herunterreißen und jollen ihn mit Erbschneifen gedroht haben. Der Mann entkam jedoch. Die Gendarmen haben mit einem französischen Gendarmen die Soldaten sofort verfolgt und sie trotz ihres Leugnens untersucht. Dabei wurde die entwendete Laterne vorgefunden. Die drei Soldaten wurden auf die Wache gebracht.

Dr. Mainz, 4. Jan. (Tel.) Dem „Mainzer Anzeiger“ zufolge fand dieser Tage eine französische Versammlung statt, an der die im besetzten Gebiet wohnenden Anhänger der französischen Linksparteien teilnahmen. Den Vorsitz führte ein Senator. In der Versammlung wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die in Wiesbaden unter dem Vorsitz eines französischen Senators versammelten französischen Republikaner des besetzten Gebietes sprechen ihren Abscheu über das jedem Gerechtigkeitsgefühl höhnsprechende Urteil von Landau aus. Sie wissen, daß das aus reaktionären Offizieren zusammengestellte Kriegsgericht den Leutnant Kouzier nur deshalb freigesprochen hat, weil er ein Mitglied der Action Française ist. Sie verlangen die Einleitung eines neuen gerichtlichen Verfahrens gegen Kouzier, ferner die sofortige Auflösung aller Kriegsgerichte im besetzten Gebiete und die sofortige Räumung desselben.“

Zu den Erpressungen an Dr. Himmelsbach

Wie gemeldet, wurden in Berlin zwei Personen verhaftet, die gegen Zahlung einer größeren Summe sich bereitgefunden hatten, eine falsche eidesstattliche Versicherung dahin abzugeben, daß der führende Freiburger Holzindustrielle Kommerzienrat Dr. Himmelsbach seinen Prozeßgegner Otto Fernbach beseitigen zu lassen versucht habe. Über die Vorgeschichte des neuen Falles Himmelsbach berichtet die „Frankf. Ztg.“ noch:

In der Öffentlichkeit ist bereits vielfach der Rechtsstreit zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Firma Himmelsbach u. G. Dr. h. c. Himmelsbach, der Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Ehrenvorsitzender des Verbandes süddeutscher Industriellen ist, und dem Verleger des „Holzmarkt“, Otto Fernbach, behandelt worden, der mit der unlängst erfolgten Verurteilung des Berliner Verlegers endete und in dem die Unrichtigkeit aller seiner Behauptungen vom Gericht endgültig festgestellt wurde. Aus diesem nun zwei Jahre dauernden Prozeß ist der gegenwärtig schwebende Kriminalfall hervorgegangen. Im Frühjahr 1925 tauchte in Berlin ein gewisser Martin Breslauer auf, der bereits eine reichlich bewegte Vergangenheit hinter sich hat und der durch geschickte Manipulationen verfuhrte, der Firma Himmelsbach angebliches Material über die Gegenpartei in die Hände zu spielen. Es konnte bei der Firma Himmelsbach sehr bald festgestellt werden, daß dieser Breslauer ein Schwindler war, der es darauf anlegte, für seine angeblichen Mitteilungen, die den Stempel der Unwahrscheinlichkeit auf der Stirn trugen, Geld herauszuschlagen. Als Breslauer daraufhin von der Firma Himmelsbach herausgeföhrt worden war, ging er zur Gegenpartei. Er erklärte dem Verleger Fernbach, daß er vom Großindustriellen Dr. h. c. Himmelsbach angestiftet worden sei, Fernbach zu ermorden, und berief sich bei diesen Behauptungen auf die angebliche Mitwirkung eines gewissen Schneiders und nannte ferner noch andere Personen, die angeblich um die Dinge wüßten. Merkwürdigerweise nahm nun der Verleger Fernbach diese an und für sich sehr unwahrscheinlichen Behauptungen des Breslauer für bare Münze, obwohl ihm die Vergangenheit des Schwindlers bekannt war und obwohl Fernbach in seiner Zeitschrift „Der Holzmarkt“ vor Breslauer als vor einer sehr fragwürdigen Persönlichkeit öffentlich gewarnt hatte. Im Büro Fernbach gab nun Breslauer ebenso wie sein Komplize Schneider eine eidesstattliche Erklärung ab, die nach Aussage des Breslauer und Schneiders von dem Verleger selbst redigiert worden sein soll. In dieser eidesstattlichen Erklärung behaupten sie, daß sie zur Ermordung Fernbachs von Dr. Himmelsbach angestiftet worden seien. Dr. Himmelsbach habe ihnen zugesichert, daß sie nach der Ausführung der Tat von ihm so gestellt würden, daß sie ihr Leben lang nichts mehr zu arbeiten brauchten. In allen Einzelheiten wurde der sogenannte Mordplan dann geschildert. Diese eidesstattliche Erklärung wurde jedoch von den beiden Gaunern nicht etwa zur „Klärung des Tatbestandes“ abgegeben, sondern Fernbach mußte dieses Schriftstück mit einer namhaften Summe honorieren, in die Breslauer und Schneider sich teilten.

Fernbach erstattete nun auf Grund des ihm von den Schwindlern gegebenen Dokumentes bei der Staatsanwaltschaft Berlin Anzeige gegen Dr. Himmelsbach wegen Anstiftung zum Mord, ohne sich jedoch vorher davon überzeugt zu haben, ob die Angaben des ihm als überbesonnenen Menschen bekannten Breslauer irgendwelche Wahrscheinlichkeit besaßen. Die Staatsanwaltschaft mußte natürlich auf Grund der Anzeige das Vorverfahren einleiten, das jedoch schon nach kurzer Untersuchung eingestellt wurde, weil die Haltlosigkeit der Anschuldigungen ganz offenbar war. Trotzdem wurde gegen diesen Einstellungsbescheid von Fernbach Beschwerde erhoben, die jedoch von dem Generalstaatsanwalt als unbegründet zurückgewiesen wurde. Nun aber wurde der Spieß gegen das Schwindlertorquium umgekehrt. Dr. Himmelsbach erstattete seinerseits Anzeige, und die Berliner Kriminalpolizei beschlagnahmte seit einiger Zeit sehr eingehend mit dem Fall. Breslauer und Schneider legten dann nach anfänglichem Leugnen unter der Wucht des gegen sie zusammengetragenen Beweismaterials ein umfangreiches Geständnis ab und erklärten, daß ihre ganzen eidesstattlichen Erklärungen benutzt falsch gewesen seien und daß sie sie lediglich abgegeben hätten, um von Fernbach Geld zu erhalten. Dr. Himmelsbach hat einen Strafantrag gegen Fernbach, Breslauer und Schneider wegen wissentlicher falscher Beschuldigung, wegen Anstiftung und Beihilfe zum Betrug und Erpressungsversuch, sowie wegen Betruges und Erpressungsverfuches gestellt.

Erholungsreise Briands. Der französische Außenminister Briand hat Montag nachmittag Paris verlassen, um einige Tage Erholung zu suchen. Es soll sich um eine mehrtägige Abwesenheit Briands handeln. Briand hat sich in einem Auto nach Südfrankreich begeben.

Loderung der Wohnungszwangswirtschaft in Württemberg und Bayern

Durch eine Verordnung des württembergischen Innenministeriums ist die Grundlage für eine weitere Loderung der Wohnungszwangswirtschaft geschaffen worden. Die Zahl der Gemeinden mit Wohnungsmangel wird erheblich vermindert. Die Oberämter sind angewiesen, überall dort, wo die Aufrechterhaltung des Wohnungsmangelgesetzes nicht mehr unbedingt erforderlich erscheint, entsprechende Beschlüsse der Gemeinderäte anzuregen und von sich aus die nötigen Verfügungen zu treffen. Gleichzeitig sind die Oberämter ermächtigt worden, die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes in Gemeinden bis zu 10 000 (bisher 4000) Einwohnern in eigener Zuständigkeit auszusprechen.

Es steht zu erwarten, daß auf diese Weise in nächster Zeit etwa weitere 100 Wohnungämter im Lande aufgehoben werden. Bei den Wohnungämtern, die vorerst noch weiter bestehen müssen, ist eine stärkere Beschränkung ihrer Tätigkeit auf die besonders dringlichen Fälle eingeleitet worden. Vom 1. Januar 1927 ab dürfen in die Vormerkungslisten nur noch solche Wohnungssuchende aufgenommen werden, die entweder keine oder nur eine völlig ungenügende Wohnung haben und deren Gesuche als besonders dringlich anzusehen sind. Als besonders dringlich sind namentlich zu berücksichtigen Vertriebene und Kinderreiche im Sinne des Wohnungsmangelgesetzes, Familien insbesondere Schwerkranken, bei denen mit Rücksicht auf schwere dauernde Erkrankungen eines Familienangehörigen die Zuweisung einer anderen Wohnung dringend notwendig ist, ferner Familien, deren derzeitige Wohnungsverhältnisse eine erhebliche gesundheitliche oder sittliche Gefährdung in sich schließen, Personen, die durch rechtskräftigen Urteil zur Räumung ihrer Wohnung verpflichtet sind, endlich in bisherigem Umfang Beamte, sowie Seeres- und Schutzpolizeiangehörige. Die Befreiung des Wohnungsmangelgesetzes der künftig nicht zu dem Kreise der besonders dringlichen Fälle gehörigen Personen muß den eigenen Bemühungen der Wohnungssuchenden überlassen werden.

In Bayern hat die Regierung eine Verordnung veröffentlicht, die sie als widerruflich erklärt und die sofort rückgängig gemacht werden soll, wenn Massenfündigungen oder große Mietssteigerungen auftreten sollten.

Die Verordnung sieht u. a. vor, daß die Grenze für die sogenannten hochwertigen Wohnungen nach Ortsklassen geregelt werden. Die Grenze beträgt für die Großstädte München, Nürnberg, Jülich und Ludwigshafen 3000 M., für Orte der Ortsklasse B 900 M.; solche Wohnungen bleiben künftig von den Bestimmungen über Mietpreisregelung und Mieterschutz völlig frei. Bei der Vergebung von Wohnungen mit einer Jahresmiete von 2000—3000 M. in München, von 800 bis 900 M. in der Ortsklasse B wird künftig die Mitwirkung der Ortspolizeibehörden weggelassen. Für das flache Land und Gemeinden unter 2000 Einwohnern ist, falls die Wohnungsmarktlage dies zuläßt, die völlige Aufhebung aller Zwangsverordnungen in Aussicht genommen, falls die Gemeinderäte entsprechende Beschlüsse fassen. Für gewerbliche oder gewerkschaftlich benutzte Räume fallen mit Wirkung vom 1. Juli 1927 die Bestimmungen über Mieterschutz und Mietpreisbildung gänzlich weg. Es ist lediglich für die kleinsten Betriebe eine gewisse Schutzgrenze vorgeesehen worden.

88 000 Studenten in Deutschland

An den wissenschaftlichen Hochschulen im Reich waren im Sommer 1925 insgesamt 88 069 Studierende eingetragen, davon an Universitäten 59 563, den Hochschulen für Technik 20 300, für Handel 3 517, Landwirtschaft 2 119, Vergaradepmissionen 1117, an den philosophisch-theologischen Hochschulen 785, den tierärztlichen 335, forstlichen 283, der medizinischen Akademie Düsseldorf 305. Reichsaustreiber befanden sich darunter 7924 oder 9 Proz., Frauen 7551, darunter an Universitäten allein 6773, den gesamten technischen Hochschulen 398, für Handel 394, Landwirtschaft 33 usw. Von den Vätern der Studierenden waren Beamte 40 Proz., im Gewerbe 38, im freien Beruf 8,5, Landwirt 7,1, Arbeiter 1,2 Proz. An den Universitäten studierten Rechtswissenschaften 11 936, Volkswirtschaftslehre 8897, Medizin 7708, Rechts- und Staatswissenschaften 4463, Chemie 693, Mathematik und Naturwissenschaften 2446, Landwirtschaft 2165, Pädagogik 1936, Deutsch 1931, evangelische Theologie 1811, katholische 1704, Pharmazie 1505, Geschichte 1273. An den technischen Hochschulen studierten Maschinenbau 6906, Elektrotechnik 4167, Chemie 2415, Architektur 1315.

Eine Belgrader Tatlosigkeit

Unter dieser Überschrift berichtet das „V. L.“ aus Belgrad, daß am 2. Januar in der Belgrader Universität eine große politische Kundgebung für die Laufziger Wenden stattfand, zu der man sich mehrere Laufziger, darunter zwei Sprengwaffenherren in Volltracht, verbunden hatte. Universitätsprofessor Nowak verlas eine lange Rede über den Ursprung und die Schicksale der „Laufziger Serben, die Jahrhunderte lang den blutigen Mord durch das deutsche Volk und der Zwangsgermanisierung ausgesetzt“ gewesen seien. Auch die heutige Zeit sehe einen verzweifeltsten Kampf dieses „kleinen serbischen Brudervolkes“. Dann verlas eine der Laufziger Wenden ein Gedicht des Laufziger Politikers Stala, das nach dem Bericht des „V. L.“ erst in das Serbische überetzt werden mußte, damit es der Versammlung überhaupt verständlich wurde. Wie es in der Meldung des Blattes weiter heißt, bringen die Belgrader Zeitungen Bilder der beiden Laufzigerinnen, die sogar in die Schulen geführt wurden. Die als offiziös bezeichnete „Samowprava“ bringt einen besonders scharf gehaltenen Artikel, worin den Deutschen Unterdrückung der nationalen Minderheiten vorgeworfen wird.

Aufbruch in Niederländisch-Indien

Wie aus Padang (Westsumatra) gemeldet wird, steht fast der ganze Distrikt Silbenakang in hellem Aufbruch. Man erwartet, daß die Unruhen auf kommunistische Propaganda unter den Eingeborenen zurückzuführen seien. Ein holländischer Aufseher sowie 4 eingeborene Lehrer sind von den Kommunisten ermordet worden. Eine Autokolonne, auf der sich eine Militärabteilung nach dem Aufstandsgebiet begab, wurde von Kommunisten überfallen. Die Angreifer wurden unter schweren Verlusten zurückgeschlagen und hatten etwa 30 tote. Eine Anzahl von Aufständischen wurde gefangen genommen. Auf holländischer Seite fiel ein Leutnant, mehrere Soldaten wurden verwundet.

150jähriges Jubiläum der „Darmstädter Zeitung“. Das Organ der heffischen Regierung, die „Darmstädter Zeitung“, konnte mit Ablauf des Jahres auf ihr 150jähriges Bestehen zurückblicken. Sie gab aus diesem Anlaß eine Gedenkschrift heraus, die außer kurzen Beiträgen der heffischen Minister die 1. Nummer der „Darmstädter Zeitung“, die nur noch in einem Exemplar in der heffischen Landesbibliothek erhalten ist, in Faksimileabdruck wiedergibt. Eingehend befaßt sie sich mit den Werken ihres damaligen ersten Redakteurs Mathias Clausius. Weitere Aufsätze behandeln die Zeit vor 100 Jahren und die Jahre 1848/49, wie sie sich in der „Darmstädter Zeitung“ wieder spiegeln. Durch den historisch interessanten Stoff hat die Nummer für Sammler einen besonderen Wert.

Bürgerkrieg in Nicaragua

In der mittelamerikanischen Republik Nicaragua herrscht Bürgerkrieg. In blutigen Kämpfen sollen die liberalen Truppen dem Präsidenten Diaz bei Telica eine Niederlage beigebracht haben. Man spricht von mehreren hundert Toten. Zahlreiche Verwundete blieben in Sümpfen liegen und fanden dort den Tod. Tausende von Gezierten kreisen jetzt über dem Schlachtfeld. Ein Veteran des Weltkrieges, der zahlreiche Kämpfe der zentralamerikanischen Revolution mitspricht, berichtet, daß der Anblick nach der Schlacht unbeschreiblich gewesen sei, und daß er sich abwenden mußte, da er solche Schreckensszenen nicht sehen hätte. Der Oberkommandierende der konservativen Truppen gibt bekannt, daß es notwendig sein werde, jeden tauglichen Mann zwischen 12 und 50 Jahren unter die Fahnen zu rufen.

Den Kämpfen liegt ein Konflikt zwischen den beiden rivalisierenden Präsidenten von Nicaragua, General Diaz und Dr. Salas, zugrunde. Der Nachbarstaat Costarica sucht im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten zu vermitteln. Wenn der Vermittlungsvorschlag angenommen werden sollte, wird General Emiliano Chamorro, der, wie die „Times“ mitteilt, in Wirklichkeit die Fäden der Politik des Generals Diaz in Händen hat, bis zu den Wahlen von 1928 das Land verlassen, und bis dahin soll ein gewissermaßen neutraler Präsident an Stelle des Dr. Salas und des Generals Diaz eingesetzt werden.

Zusammentritt der Sachverständigenkommission im Januar. Im Monat Januar wird die Tätigkeit des Völkerbundes durch eine Reihe von Zusammenkünften der Sachverständigenkommissionen in Genf gekennzeichnet. Es sollen u. a. folgende Fragen behandelt werden: Finanzielles (Expertenkommission für Doppelbesteuerung und Steuerflucht), Hygienefragen (Rosen- und Inzuchtmission), Konferenz der Hygienefachverständigen über den Kinderschutz und Austausch von Sanitätspersonal, geistige Zusammenarbeit (Versammlungen zur Besprechung der Gründung eines internationalen Museumbüros, Expertenkommission für die Koordination der Bibliographie), humanitäre Fragen (Beratung der Operationskommission).

General Weizsäcker provoziert einen Zwischenfall. Nach einer im Pariser „Ceuve“ verbreiteten Agenturmeldung aus Nancy kam es anläßlich einer Veranstaltung der französisch-polnischen Vereinigung zu einem Zwischenfall. Der Vorsitzende General Weizsäcker erklärte nämlich, Polen habe durch Blut den Versailles Vertrag ratifiziert, und das Blutopfer sei notwendig, um den Frieden zu sichern. Die Versammlung geriet über diese Erklärung in Erregung, und der anwesende Präsident des Departements Meurthe et Moselle verließ zum Zeichen des Protestes gegen eine derartige Sprache die Versammlung.

Die Deutschen in Rußland. Nach einer im Staatsverlag der deutschen Volksgemeinschaft (Kosmos) erschienenen Statistik besitzt die Sowjetunion 2042 deutsche Gemeinden, die von 905 153 Deutschen bewohnt sind. Die Siedlungen verteilen sich derart, daß in der Wolgarepublik in 282 Gemeinden 400 000 Deutsche, in der Ukraine in 597 kleinen Gemeinden 227 000 Deutsche und in Sibirien 68 000 Deutsche wohnen. Die Wolgarepublik ist bekanntlich autonom.

Vom amerikanischen Flottenprogramm. Der amerikanische Marineetat, der sich auf insgesamt 314 552 680 Dollar beläuft und über den am Montag im Repräsentantenhaus Bericht erstattet wurde, sieht die Aufrechterhaltung der Flotte in der gegenwärtigen Stärke vor, schlägt aber eine Verminderung der Gelder für Flottenmanöver um 1 950 000 Dollar vor. Der Finanzausschuß teilt den Wunsch des Präsidenten nach weiterer Kürzung mit. Der Bericht gibt jedoch die Bereitschaft des Hauses zu erkennen, mit dem Bau neuer Kreuzer fortzufahren, wenn immer der Präsident dies empfiehlt.

Kurze Nachrichten

General von Pawelsz fährt nach Paris. General von Pawelsz u. Legationsrat Forster begaben sich, wie die Wälder berichten, Ende der Woche zur Fortführung der Verhandlungen über die Frage der Abfertigung, die in Genf während der Ratstagung des Völkerbundes offen gelassen worden ist, nach Paris.

Ein Antwortschreiben der französischen Sozialdemokraten. Vom Vorstand der sozialistischen Partei Frankreichs ist bei dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie ein Antwortschreiben auf das Protokollgramm gegen das Landauer Urteil eingegangen, in dem gesagt wird, daß die französischen Sozialisten bei der französischen Regierung sofort nach Eingang des deutschen Telegrammes dringende Schritte unternehmen hätten, um das Urteil praktisch wirkungslos zu machen.

Annahme des Schiedspruchs in der Schuhindustrie. Der Hauptausschuß des Verbandes der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten beschloß, wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, unter Aufrechterhaltung der seit her von Arbeitgeberseite geltend gemachten Bedenken, dem am 31. Dezember gefällten Schiedspruch im Interesse der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens zuzustimmen. Weiter wurde beschlossen, die Mitglieder darauf hinzuweisen, eine Nachprüfung der Verkaufspreise für Schuhwerk vorzunehmen.

Die Memelländer in der litauischen Regierung. Der litauische Ministerpräsident Wolodmaras hat, wie das „V. L.“ aus Kowno zu berichten weiß, den memelländischen Abgeordneten beruhigende Versicherungen wegen der Wahrung der Rechte des Memellandes gegeben. Man erwarte daher das Eintreten der Memelländer in die Regierungskoalition.

Die neue Hauptstadt der südjaponesischen Regierung. Die südjaponesische nationalistische Regierung hat einen Erlass veröffentlicht, durch den die drei Städte Hankau, Wutschang und Ganjang am Yangtsekiang zu einer großen Stadt zusammengefaßt werden, die unter dem Namen Wufan, die neue Hauptstadt der nationalistischen Regierung sein wird.

Gründung einer Ortsgruppe Karlsruhe des Verbandes für autogene Metallbearbeitung. Am Mittwoch, den 15. Dezember, fand im Bibliotheksaal des Badischen Landesgewerbeamtes eine Besprechung über die Gründung einer Ortsgruppe des Verbandes für autogene Metallbearbeitung statt. In Vertretung des verbundenen Vorsitzenden des Arbeitsausschusses eröffnete Herr Dr. Soy die Sitzung. Angefähr 50 Interessenten hatten sich eingefunden, darunter Vertreter von Firmen, Verbänden und Innungen. Direktor Haselbacher, Frankfurt, Mitglied des Hauptvorstandes des Verbandes für autogene Metallbearbeitung, hielt einen Vortrag über die Schmelzschweißung in ihrer Bedeutung für Wirtschaft, Industrie und Handwerk. Zahlreiche Lichtbilder erläuterten die Ausführungen. Nach kurzer Aussprache wurde ein Antrag auf Gründung einer Ortsgruppe in Karlsruhe angenommen. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Schloßhermeister Blum, Vorsitzender, Wört, Schriftführer, von Firma Griesheim-Elektron, Ruppender, Kassier, bei Firma Ritter-Wiber, Durlach.

Die Werkstofftagung in Berlin

Von P. Goerens

Hauptziel der Werkstofftagung ist, durch Gemeinschaftsarbeit Werkstoffherzeugern und Verbrauchern ein lebendiges Bild von den für sie wichtigsten Werkstoffen, ihren Eigenschaften, ihrer Prüfung und Verwendung zu geben. Zur Erreichung dieses Zieles wird man drei sich ergänzende Wege beschreiten. Einmal soll durch zahlreiche Vorträge das gesamte Gebiet in seinem gegenwärtigen Stand dargestellt werden. Hierbei ist beabsichtigt, den Verbrauchern in weitestem Umfang Gelegenheit zu geben, Wünsche über ihre Anforderungen an die Werkstoffeigenschaften darzulegen, etwaige Klagen über Mängel mit den Erzeugern zu besprechen und sich über die Art und Weise zu unterrichten, wie die Werkstoffe zu behandeln und auszuwerten sind. Die Erzeuger ihrerseits werden in diesen Vorträgen zusammenfassende Darstellungen bestimmter großer Gebiete geben, worin die heutigen Werkstoffe ihren besonderen Eigenschaften und Verwendungsgebieten nach gekennzeichnet sind; ferner werden sie zeigen, welche Regeln gelten, wenn die Werkstoffe ohne Schaden für ihre Eigenschaften benutzt werden sollen bzw. wie man bei Konstruktion, Formgebung und Benutzung verfahren muß, um diese Eigenschaften voll auszunutzen. Hierbei ist Gelegenheit, den Verbrauchern mit den wichtigsten Fehlern bekannt zu machen, die bei der Verarbeitung vorkommen können.

Ein wichtiger Bestandteil der Werkstofftagung wird eine groß angelegte, im Betrieb befindliche Versuchsanstalt sein, in der durch Sachverständige die verschiedenen Untersuchungsverfahren für die Werkstoffe vorgeführt werden. Diese Verfahren beziehen sich auf die mechanische, physikalische, chemische und technologische Prüfung. Es soll gezeigt werden, wie die Prüfungsergebnisse auszuwerten und welche Vorkehrungsmaßnahmen zu beobachten sind, um fehlerhafte Ergebnisse zu vermeiden.

Endlich wird eine umfangreiche Werkstoffschau einen Überblick über die heute verfügbaren Werkstoffe geben. Um diese Ausstellung anschaulich zu gestalten, ist gedacht, die Werkstoffe im Zusammenhang mit denjenigen Eigenschaften darzustellen, um derenwillen sie angewandt werden. Dabei läßt sich zeigen, wie mit wachsenden Anforderungen die Zahl der Werkstoffarten abnimmt, und wie man in manchen Fällen nur mit Hilfe von Kompromissen zu einer einigermaßen annehmbaren Erfüllung gewisser Aufgaben gelangt. Wie verschieden die Beanspruchungen nach Zahl, Art und Größe sein können, ergibt folgendes Beispiel: Ein Eisenträger, der, etwa in einem Gebäude, lediglich einer ruhenden Belastung ausgesetzt ist, hat nur eine fast gleichbleibende Spannung auszuhalten. Die Richtung der Spannung bleibt praktisch unverändert, Stöße treten nicht auf, Temperaturveränderungen sind unbedeutend und die chemischen Veränderungen sehr gering. Ein solcher Träger wird, selbst wenn er nicht fehlerfrei ist, seine Aufgabe anstandslos erfüllen. Betrachtet man demgegenüber die Beanspruchungen, denen etwa ein Gasventil eines schnelllaufenden Explosionsmotors ausgesetzt ist, so finden sich hier folgende Erscheinungen: Die Spannungen erfolgen schlagartig und in raschem Wechsel. Gleichzeitig treten Wärmespannungen infolge der hohen Temperaturen und Temperaturwechsel auf, denen das Ventil ausgesetzt ist. Die chemische Wirkung der hochdrückenden Gase verändert die Oberfläche, und das Ventil muß so berechnet sein, daß die bei der hohen Temperatur verminderten mechanischen Eigenschaften den auftretenden Spannungen unbedingt genügen. Es ist klar, daß ein Werkstofffehler in einem so verschiedenartig beanspruchten Bauteilteil sich mindestens bei einer Art der Beanspruchung unangenehm bemerkbar machen und die Haltbarkeit beeinträchtigen wird. Eine jede neue Verbindung bezüglich der physikalischen oder chemischen Widerstandsfähigkeit erfordert die Aufgabe des Metallurgen, einen geeigneten Werkstoff ausfindig zu machen. Aus diesem Grunde soll der beherrschende Teil der Werkstoffschau auf dreierlei Grundlagentypen zeigen, wie man heute vorgehen muß, wenn es sich darum handelt, für einen bestimmten Zweck den bestgeeigneten Werkstoff auszufinden. Grundlegende Beispiele für eine derartige Auswahl auf Grund der Eigenschaften werden vorgeführt und durch den Gegensatz „falsch“ zu „richtig“ erläutert werden.

Die Werkstofftagung soll hinsichtlich der Gemeinschaftsarbeit zwischen Erzeugern und Verbrauchern ein Abschluß, sondern ein Anfang sein. Die Ergebnisse der Tagung werden in Tabellenwerten und Druckschriften niedergelegt werden, so daß in Zukunft an Hand der Unterlagen ein dauernder regelmäßiger Austausch zwischen den beteiligten Industriegruppen erfolgen können wird.

Badischer Teil

Staatsmonopol oder Verbrauchsabgabe

Reichstagsabgeordneter Diez schreibt in der Bodensee-Zentrumszeitung u. a.:

„Heute kann mit Sicherheit festgestellt werden, daß die Erwartungen, die an das Reichsbrauwereimonopol geknüpft wurden nicht nur nicht eingetroffen sind, daß vielmehr als erwiesen anzusehen ist, daß die Reichseinnahmen auf die Dauer durch das Brauwereimonopol beeinträchtigt werden und daß eine neue Gestaltung des Monopolvertrages, wie sie dem Reichstage in einem Entwurfe der Reichsregierung vorliegt hierin nichts wesentliches zu ändern vermag. Monopolbewirtschaftung durch den Staat hat nur dann Sinn und Zweck, wenn die Staatseinnahmen dadurch günstig beeinflusst werden. Die Zeit ist also reif, das Brauwereimonopol als Episode in der Geschichte der Brauwereibekämpfung zu betrachten und zur alten Form der Verbrauchsabgabe zurückzuführen.“

Das Brauwereimonopol als solches hat dem Reiche bis jetzt keinerlei Einnahmen verschafft, die auch ohne dieses nicht ebenfals oder besser eingezogen wären. Der Monopolbetrieb als wirtschaftliches Unternehmen des Reiches war ein Verlustbetrieb. Deutschland eignet sich deswegen nicht zur Brauwereimonopolwirtschaft, weil die Brauwereibekämpfung sich etwa auf 40 000 Betriebe verteilt, darunter solche, die nur ganz kleine Mengen, teilweise nur zum Verbrauch in der eigenen Familie, herstellen. Die steuerliche Überwälzung dieser Betriebe ist von jeher durch die Organe der Reichsfinanzverwaltung ausgeübt worden; diese haben auch die Monopolabgabe in den Brennereien erhoben, die nicht verpflichtet waren, den Brauwerein an die Monopolverwaltung abzuliefern. Die Wiederabgabe des Monopols würde also hierin irgend welche Änderungen nicht erforderlich machen. Die unnatürliche Verteilung der Brennrechte soll durch die neue Vorlage der Regierung verfeinert und bereinigt werden, während die Rechte der sogenannten Abfindungsbrenner — die im Jahre höchstens 3 Hektoliter herstellen dürfen, im Durchschnitt aber nicht über 0,5 Hektoliter u. a. herstellen — vernichtet werden sollen. Daß sich die letzteren, etwa 35 000 an der Zahl und hauptsächlich im Süden und Westen des Reiches gelegen, mit aller Energie wehren, ist verständlich, da sie keine Neigung besitzen, den Großbrennern im Norden und Nordosten Deutschlands geopfert zu werden.

Die Rückkehr zur Verbrauchsabgabe führt zu einer wesentlichen Vereinfachung des ganzen Fragenkomplexes. Das Reich erhebt beim Verbraucher die Brauwereiverbrauchsabgabe. Eine Erhöhung des heutigen Abgabefußes um 100 Mark je Hektoliter reiner Alkohol würde alsdann dem Reiche eine Mehreinnahme von 60 Millionen einbringen, ohne daß eine Steigerung des Spirituspreises erforderlich wäre. Eine ganze Behörde mit großem Personal und späteren Pensionsverpflichtungen läme in Wegfall. Der Brauwerein- und Verkauf würde in die Hand des Kaufmanns oder aber einer kaufmännisch geleiteten Vereinigung weiter funktionieren und auch die Erzeugung des Brauwereins und deren methodische Verbesserung würde neuen Antrieb erhalten.

Was zur Errichtung des Brauwereimonopols war die Brauwereinerzeugung und der Verkauf zu 90 Prozent in einer Hand, der Spirituszentrale, vereinigt. Die Wiedereinrichtung eines ähnlichen Instituts könnte ohne weiteres erfolgen, da das Reich die Anlagen der Monopolverwaltung derselben zu solchen günstigen Bedingungen überlassen könnte, daß das augenblickliche Kapitalverhältnis nur ganz mäßig sein würde. Da das Brauwereimonopol als Wirtschaftsinstrument ein Verlustbetrieb ist, würde das Reich hierbei auch bei mäßiger Preisstellung und den günstigen Zahlungsbedingungen nur Vorteil haben. Die vorhandenen erheblichen Vorräte an Spiritus könnten entweder vom Reiche selbst verwertet werden, oder aber einer neuen Spirituszentrale zur Verteilung überlassen bleiben. Auf diese Weise würde auch verhindert, daß durch die erforderliche Stilllegung der Verbrauchsabgabe ein Vakuum an Einkünften für die Reichskasse entsteht. Durch die Veräußerung der Vorräte würde eine gewaltige Einnahme von über 100 Millionen entstehen über den laufenden Betrag der Brauwereinsteuern hinaus und die Verwertung der Liegenschaften und Betriebsbeihilfen würde eine weitere einmalige Einnahme für das Reich ergeben.“

Ratschläge für die Berufsberatung

gibt die Handwerkskammer Karlsruhe in Form eines Merkblattes heraus. Es heißt darin:

Die Entscheidung in der Berufsfrage ist heute viel schwerer als in früheren Zeiten. Oft wird ein harter Kampf entstehen zwischen der Neigung zu einem bestimmten Berufe und den wirtschaftlichen Verhältnissen. Nicht minder wichtig ist auch die Frage, welche Ausichten der betreffende Beruf hat. Die Einrichtung der Lehre, die dem deutschen Kulturkreise eigentümlich ist, hat sich vor allem im Handwerk erhalten. Sie hat seit der großen Novelle zur Gewerbeordnung von 1897 (Errichtung von Handwerkskammern) wieder viel an Bedeutung gewonnen; für das Handwerk ist die alte Dreibeit der Zukunft: Lehrling, Geselle, Meister wieder die Regel geworden. Und stets bleibt die beste Erziehung für den jungen Menschen die Lehre in der er zuzuhause, nachahmend und helfend gleichsam von selbst hineinwächst in den künftigen Lebensberuf und die Aufgabe der Gemeinschaft.

Die Handwerkskammer gibt einen Überblick über die hauptsächlichsten handwerksmäßig betriebenen Gewerbe. Es soll die Begabung der heranwachsenden Kräfte für die Arbeit festgestellt, sie richtig in den Wirtschaftsprozess der Nation eingereiht, der Nachwuchs so geleitet werden, daß der rechte Mensch an die rechte Stelle kommt. Die Handwerkskammer richtet aber auch an alle mit gesundem und praktischem Sinn für wertvolle Arbeit ausgestattete Knaben und Mädchen die dringende Mahnung, bei der Berufswahl dem Handwerk ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Anforderungen, die an die Kenntnisse und Umficht des Leiters eines modernen Handwerksbetriebs gestellt werden, sind nicht gering. Es ist auch keineswegs unter der Würde des Absolventen einer Mittelschule, wenn er sich in die Lehre eines Handwerksmeisters begibt und dort den Grund legt für eine aussichtsreiche Zukunft. Das Handwerk kann solche Leute besonders für die Vertretung seiner Interessen und die Förderung seiner Ziele brauchen. Aufgabe der Schule ist es, an der Vereinfachung der noch immer bestehenden Unterweisung des Handwerks mitzuwirken.

Leider ist unsere Jugend heute an berufshundlichen Anschauungen betarnt. Früher vollzog sich das gewerbliche Leben sozusagen unter den Augen der Öffentlichkeit, heute sieht in Tausenden von Fällen nicht einmal der Sohn, was der Vater eigentlich schafft; er kommt nicht an die Stätte seiner Arbeit; es fehlt ihm die Berufsanschauung. Daraus

ergibt sich eine geringe Verbundenheit von Beruf und Kultur. Der Jugend fehlt das Berufsethos, die Freude am Beruf, der ihr nichts mehr bedeutet als ein Erwerb. Hieran tragen auch die Eltern Schuld, denen viele Berufe zu geringwertig erscheinen, obwohl im Rahmen der Volkswirtschaft jeder Beruf seine volle Berechtigung hat und einer den anderen ergänzen muß.

Anschließend werden dann Mitteilungen über die Lehrzeit, die Ausichten usw. in 58 verschiedenen Handwerken gemacht.

Vorauszahlungen auf die Aufbringungsleistungen 1927

Die Reichsregierung hat soeben eine Verordnung über Vorauszahlungen auf Grund des Aufbringungsgesetzes für das Kalenderjahr 1927 veröffentlicht (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 298). Aufzubringen sind 1927 insgesamt doppelt so viel wie 1926. Die Leistungen des einzelnen Unternehmers betragen dementsprechend im allgemeinen zweimal so viel wie 1926, jedoch werden sich in vielen Fällen mit Rücksicht auf die geänderte Bemessungsgrundlage Abweichungen ergeben. Die Finanzämter werden rechtzeitig Vorauszahlungsbescheide zustellen, aus denen insbesondere die Höhe der Leistungen und die Bemessungsgrundlage ersichtlich sind. Die Zahlungen sind in zwei gleichen Teilbeträgen zu bewirken; der erste Teilbetrag ist fällig am 1. Februar 1927 (ohne Schonfrist).

Landesversammlung des Reichsbundes Deutscher Reichsbeamten des mittleren nichttechn. Dienstes

Am Sonntag, den 12. Dezember v. J. wurde in Offenburg die Landesversammlung des Reichsbundes Deutscher Reichsbahnbeamten des mittleren nichttechnischen Dienstes abgehalten.

Der Landesvorsitzende Oskar Heibelberg nahm in einem etwa zweistündigen Referat eingehend Stellung zu allen schwebenden Fragen der Organisations- und Personalpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Personalverhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn. Nach einer Erörterung der internen Standesfragen der Eisenbahnassistenten und Sekretäre verlangte der Redner, der gleichzeitig Mitglied des Hauptbeamtenrates bei der Deutschen Reichsbahn in Berlin ist, daß die Personalpolitik der Deutschen Reichsbahn in der Zukunft im Rahmen der Reichsbahngesetze endlich in Bahnen gelenkt würde, die es ermöglichen, das so dringend notwendige Vertrauensverhältnis zwischen dem Personal und der Leitung des größten Betriebsunternehmens der Welt herzustellen. Die Reichsbahnbeamtenschaft verlange insbesondere eine Vertretung im Verwaltungsrat, Angleichung ihrer Rechtsverhältnisse an das Reichsbeamtenrecht, Gleichstellung mit den Reichsbeamten bei Bemessung des Erholungsurlaubes, Verbesserung der Dienstverhältnisse und eine durchgreifende Besserung der mangelhaften Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse. Das System der Leistungsulagen wurde, als mit dem Beamtencharakter unvereinbar, abgelehnt und seine Wegfertigung verlangt.

D. J. Freiburg, 31. Dez. Im Bezirksratsaal fand heute nachmittag eine Abschiedsfeier für den als Oberregierungsrat in das Ministerium des Innern versetzten Polizeidirektor Keller statt, zu der sich die Beamten des Bezirksamtes und der Polizeidirektion usw. versammelten. Dem Kommandanten der sechsjährigen, an manigfaltigen Ereignissen reichen Diensttätigkeit des Leiters der Polizeidirektion und hob die guten Beziehungen des Polizeidirektors zu den übrigen Abteilungen des Amtes hervor.

Gemeinde-Rundschau

Die Gültigkeitserklärung der Mannheimer Gemeindevaerfassung. Wie verlautet, hat die Aufwertungsparlei gegen die Gültigkeitserklärung der Gemeindevaerfassung in Mannheim am 14. November seitens des Landeskommissars und des Weirats Einspruch erhoben. Dadurch kann die Stadtratswahl noch nicht vorgenommen werden. Die nächste Sitzung des Bürgerausschusses am 11. Januar wird mit dem früheren Stadtrat und dem neugewählten Bürgerausschuß stattfinden.

Eine Straßenbahnverbindung Mannheim — Lampertheim — Worms? In Verbindung mit dem geplanten Bau einer elektrischen Straßenbahnverbindung von Mannheim nach Lampertheim wird der „M. M. Ztg.“ aus Lampertheim berichtet, daß der schon vor dem Kriege erörterte Gedanke des Baus einer Straßenbahnverbindung von Lampertheim nach Worms in jüngster Zeit wieder akut geworden ist und daß diese Angelegenheit gegenwärtig dem Oberbürgermeister von Worms zur Begutachtung vorliegt. Es wäre daher unter Umständen möglich, daß beide Projekte zur Ausführung kommen, in welchem Falle es das zweckmäßigste wäre, die Wagen von Mannheim nach Worms durchlaufen zu lassen, wodurch der Betrieb sich rentabler gestalten würde und alle drei Städte einen Vorteil hätten.

8,6 Millionen RM. für Wohnungsbauten. Nach einer Ergänzungsvorlage an den Mannheimer Bürgerausschuß sollen statt weiterer 5 Millionen RM. 8,6 Millionen RM. zur Gewinnung von Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaues aufgenommen werden.

Der Bürgerausschuß Offenburg befaßte sich in seiner letzten Sitzung u. a. mit einer Vorlage über Notstandsarbeiten, für die insgesamt 105 100 M. notwendig werden. Die Mittel sollen zu einem kleinen Teil aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge, zum größeren Teil durch eine Anleihe bedeckt werden, über die besonderer Gemeindevaerfassung herbeigeführt werden soll. Notstandsmaßnahmen für die Beamten usw., die Wertzuwachssteuer, Vereinfachung eines weiteren Kredites in Höhe von 50 000 M. zur Erwerbung von Grundstücken, Bildeben die weiteren Gegenstände der Tagesordnung.

Der Bürgerausschuß Kehl genehmigte in seiner letzten Sitzung die Aufnahme eines langfristigen Darlehens von Mark 1 165 000 bei der Badischen Girozentrale zur Ablösung kurzfristiger Darlehen und zur Finanzierung verschiedener Bauprobleme. Genehmigt wurde die neue Wertzuwachssteuerordnung und die Gemeindevaerfassung des neuen Ortsauschusses für soziale Fürsorge. Abgelehnt mit 60 gegen 7 Stimmen wurde der vom Gemeinderat vorgelegte Pachtvertrag mit der Badischen Eisenbahn A.-G. betreffend die Lotalbahnhofsgebäude.

Der Gemeinderat Oberkirch hat für die verheirateten Erwerbslosen Gutscheine ausgegeben, für die je zwei Pfund Fleisch, je 5 Pfund Mehl, je 10 Pfund Kartoffeln und je zwei Zentner Breifisch geliefert werden. Die Gutscheine erhalten, soweit sie als alleinige Ernährer in der Familie anzusprechen oder alleinlebend sind, je einen Gutschein auf 4 M. für Lebensmittel.

Die 1100-Jahrfeier in Radolfzell. Die Feiernleitung der 1100-Jahrfeier der Stadt Radolfzell veröffentlicht jetzt ihre Schlussrechnung. Einschließlich des Inventars mit etwa 3700 M. ergibt sich ein Reingewinn von etwa 11 000 M.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. Januar		5. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.09	168.51	168.08	168.50
Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.38	112.06	112.34
Italien 100 L.	18.86	18.90	18.78	18.82
London . . . 1 Pf.	20.386	20.438	20.379	20.431
Nembock . . . 1 D.	4.2005	4.2105	4.1985	4.2085
Paris . . . 100 Fr.	16.60	16.64	16.60	16.64
Schweiz . . . 100 Fr.	81.10	81.30	81.11	81.31
Wien 100 Schilling	59.23	59.37	59.23	59.37
Wag . . . Kr. 100	12.438	12.478	12.43	12.47

Konkursstatistik. Das Jahr 1926 hat fortlaufend eine Abnahme der Konkurse gebracht. Im Januar 1926 wurden noch über 2000 Konkurse angemeldet, im Dezember 1926 waren nur noch 427 Konkurse zu verzeichnen. In noch stärkerem Maße ist die Zahl der Geschäftsaussichten zurückgegangen: Im Januar 1926 waren es 1428, im Dezember nur noch 105.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden war es gestern meist wolkig. Aber Nacht kam es in Verbindung mit einer aus Westen anrückenden Wärmewelle zu Niederschlägen, die im Schwarzwald als Schnee fielen. Auf der Rückseite des über Skandinavien liegenden Hochdruckgebietes stößt kalte Polarluft gegen Europa vor. Nach Abzug der letzten Wärmewelle wird auch bei uns Abkühlung mit vorübergehender Aufheiterung eintreten. Später stehen Schneefälle in Begleitung der Kälteperiode bevor. Voraussichtl. Witterung für 5. Januar: Kälter bei böigen Westwinden; nach vorübergehender Aufheiterung Schneefälle in Aussicht.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 128 Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Strassenbahntarife

Seit der Stabilisierung der deutschen Währung ist die Zahl der Städte, in denen Strassenbahnen, insbesondere elektrische, den Verkehr bewältigen, wieder beträchtlich gestiegen. Viele in der Kriegs- und Inflationszeit stillgelegte Strassenbahnen sind wieder in Betrieb gesetzt oder in modernerer Form wiederhergestellt worden. Der Strassenbahnverkehr ist fast überall stark gestiegen, und die breiten Schichten der Bevölkerung sind trotz Automobilisierung und Zunahme des Omnibusverkehrs mehr denn je auf die Benutzung der Strassenbahnen angewiesen.

Angefaßt dieser Sachlage muß es auffallen, daß die Tarife der Strassenbahnen in den einzelnen Städten und Gemeinden so außerordentlich verschieden sind, namentlich auch hinsichtlich der Höhe der durchschnittlichen Beförderungskosten. Um für die Beurteilung der Tarife zahlenmäßige, zuverlässige Grundlagen zu beschaffen, hat die Württembergische Landespreiskommission eine Erhebung über die Strassenbahntarife in deutschen Städten veranstaltet. Befragt wurden bei dieser Erhebung freilich nur 23 deutsche Städte mit mehr als 300 000 Einwohnern sowie eine Anzahl kleinerer württembergischer Städte.

Bei den Tarifen muß man zunächst zwischen Einheits- und Streckentarifen genau unterscheiden. Von den Städten, auf die sich die Erhebung erstreckt, hatten 9 einen Einheits tarif, 14 den sogenannten Streckentarif. In 5 Städten berechnen die Einheits tariffe nach beliebigem Umfange. Einen solchen unbegrenzten Einheitspreis haben die Städte Nürnberg und Breslau, wo er 15 Pfennig, sowie Köln, Leipzig und Chemnitz, wo er 20 Pfennig beträgt. In Berlin und Magdeburg wird für einen Einheits tarif von 15 Pfennig einmalkes Umfange gewährt, während in Bremen für den gleichen Preis in Ausnahmefällen zweimaliges Umfange zulässig ist. In Dresden kostet die Fahrt ohne Umsteigen 15 Pfennig, die Fahrt mit Umsteigen 20 Pfennig; außerdem bestehen aber Kurzfahrts tarife, die an Werktagen nur 10 Pfennig kosten. Von den 9 Städten mit Einheits tarif bestehen in 7 noch Fahrtschein tarife mit Fahrpreisverbilligung.

In 15 Städten, die in die Erhebung einbezogen sind, gelten Streckentarife. Das Strassenbahnnetz ist also in Teilstrecken eingeteilt, für die ein bestimmter Fahrpreis festgesetzt ist. Diese Teilstrecken sind aber sehr verschieden lang. Auch die Teilstreckentarife sind nicht überall gleich. Am einfachsten ist der Karlsruher Tarif, der für Fahrten bis 5 Teilstrecken einen Fahrpreis von 15 Pfennig, für weitere Fahrten einen solchen von 20 Pfennig festsetzt. Am billigsten dagegen sind die Tarife in München und Stuttgart und in den vier württembergischen Mittelstädten, die noch 10 Pfennig-Teilstrecken kennen. In allen anderen Städten dagegen kostet die kürzeste Fahrt 15 Pfennig. Dagegen ist die Länge der Strecke, die man für 15 Pfennig befahren kann, in den einzelnen Städten sehr verschieden. In Hamburg und Karlsruhe kann man für 15 Pfennig über 4 Kilometer mit der Strassenbahn zurücklegen, in Stuttgart, München, Düsseldorf, Essen und Hannover immerhin 3 bis 4 Kilometer, dagegen in Dortmund nur 2 bis 3, in Frankfurt nur 2 Kilometer, während in Mannheim die billigste Fahrt 20 Pfennig kostet und in Stuttgart und München wiederum für 10 Pfennig bis zu 1,8 Kilometer zurückgelegt werden können.

Bei längeren Strecken sind die Fahrpreisverhältnisse in den einzelnen Städten wieder ganz andere. Für 20 Pfennig kann man z. B. in Hamburg und Stuttgart 6 Kilometer fahren, in Karlsruhe mehr als 5, in Essen, Frankfurt a. M. und Mannheim 4 bis 5 und in Dortmund nur bis zu 4 Kilometer. Für die längsten Strecken besteht in Hamburg, Düsseldorf, Hannover, Stuttgart, Mannheim, Essen, Frankfurt a. M. und Dortmund ein 25 Pfennig-Tarif, der in Frankfurt a. M. schon bei fünf Kilometer Streckenlänge einsetzt, in Hamburg dagegen erst bei einer solchen von 9 Kilometern.

Auch bei den Abonnements und Zeitkarten bestehen so große Preis- und Systemunterschiede, daß man Vergleiche kaum ziehen kann. Eine Abonnementskarte für das ganze Stadtnetz kostet z. B. in Berlin 18 Mark, in Breslau 20 Mark, in München 20 Mark, in Köln 26 Mark, in Leipzig 30 Mark, in Hannover sogar 50 Mark monatlich. Dagegen werden, was begreiflicher ist, in den Städten Alten und Heilbronn mit ihrem kleineren Strassenbahnnetz, Gesamtabonnements schon für 9 bzw. 8 Mark monatlich ausgegeben.

Bad. Landestheater

Donnerstag, 6. Januar. * C 12 (nicht Donnerstagsmiete). Th. Gen. 101-200. Die Puppenfee. Hierauf: Klein Das Blumen. W. S. Gr. 8-9% (7.-). Freitag, 7. Januar. * F 13 (Freitagmiete). Der Barbier von Sevilla. W. S. Gr. 7% - 10 (7.-).

In der Nacht vom Sonntag auf Montag den 5. Januar starb nach jahrelangem Leiden, von dem er während einer dreimonatigen Ausspannung von der Arbeit sich nicht wieder erholen konnte,

Herr Eugen Banholzer

Der erst im 37. Lebensjahre stehende Verbliebene war bei uns seit Januar 1914 ununterbrochen und mit stetem Fleiß mit der Herstellung von Korrektur-Abzügen in der Handpresse tätig.

Das Andenken des allzeit pflichttreuen, allzu früh verstorbenen Mitarbeiters werden wir in Ehren halten.

Karlsruhe, 3. Januar 1927

G. Braun

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
G. m. b. H.

Güterrechtsregister.

Bruchsal. 3.517
Güterrechtsregister eintrag Band III Seite 152: Lippold, Karl Christian, Schlossermeister, und def-

sen Ehefrau Emma geb. Eschelbacher in Meringgen. Vertrag vom 1. Dezember 1926. Gütertrennung des BGB. Bruchsal, 7. Dez. 1926. Amtsgericht III.

Bruchsal. 3.518
Güterrechtsregister eintrag Bd. III. Seite 153: Weidemann, Anton, Steinbauer, und dessen Ehefrau Franziska geb. Wehle in Odenheim. Ver-

Aus der Landeshauptstadt

Berufung. Regierungsrat Matthäus Kühn, zur Zeit beim Bezirksamt Karlsruhe, ist mit sofortiger Wirkung zur aus- hilfsweisen Verwendung für längere Zeit, ins Reichsarbeits- ministerium berufen worden.

Der Sportpark Hardwald. Der Stadtrat Karlsruhe hat dankbar Kenntnis von einer hochherzigen Entschickung des Ministers der Finanzen genommen, wonach das grundsätzliche Einverständnis mit dem städtischen Projekt eines Sportparks Hardwald erteilt wird; er beschloß — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses — die alsbaldige Ausführung der den Sportpark umschließenden großen Waldringstraße als Notstandsarbeit. Die neue große Waldringstraße wird als Fortsetzung der Kollfstraße im großen Bogen, weit hinter dem Schloß, durchgeführt bis zum Turldortort, wo die Straße beim Botanischen Institut in die neue Ostendstraße einmündet. An der Straße werden in bestimmten Feldern des Hardwaldes die Sportplätze der zahlreichen Karlsruher Sport- und Turnvereine erstellt, so daß in absehbarer Zeit die in den verschiedenen Stadtteilen befindlichen Sportplätze verschwinden werden. Dadurch wird Karlsruhe einen Sportpark bekommen, wie ihn wohl keine Stadt aufzuweisen hat. Der Sportpark gehört zu dem im Generalbauungsplan des Bürgermeisters Schneider vorgesehenen großzügigen Projekten.

Taubenfütterung auf dem Marktplatz. Im Benehmen mit dem Verkehrsverein wird zur Erhaltung eines allgegenwärtigen Schauspielers eine Taubenfütterung auf dem Marktplatz eingerichtet. Die Tauben werden vom Verkehrsverein täglich mit tags 12 Uhr auf dem Marktplatz gefüttert werden.

Das Münzische Konservatorium beginnt den Unterricht nach den Weihnachtstagen wieder Freitag, den 7. Januar. Neben den bisherigen Lehrkräften für Orgel, Direktor Münz und Herrn Arthur Fritsch, dem Organisten an der Bernhardskirche, wird von jetzt ab auch Herr Hans Vogel, Organist an der evangelischen Stadtkirche, Orgelunterricht erteilen. Den Unterricht für Fagott hat Kammervirtuose Oskar Wenk vom Landestheater übernommen.

Die Galerie Moos beginnt das neue Ausstellungsjahr mit einer großen Sonderausstellung des einheimischen Malers Arthur Grimm. Der Künstler wird zum erstenmal nach dem Kriege in über 30 Gemälden Werke seines Schaffens zeigen. Außerdem zeigt A. W. Hoffmann Aquarelle von seinen Pariser Reisen.

Babisches Landestheater. Der Verfasser des am Mittwoch, den 5. Januar, zur Erstaufführung kommenden Lustspiels „Dover-Calais“, Julius Verfil (geb. 1883), ist bereits mit drei Bühnenwerken hervorgetreten besonders aber als Roman- schreiber weiterer Kreise bekannt geworden. Für seine literarische Art wesentlich wurde aber erst sein Gottfried August Bürger-Roman „Abertal Molly und Liebe“, der 1910 erschien und starke Anerkennung fand; ihm folgte 1926 der Roman „Die Fahrt ins Rosenrot“ und gleichzeitig stellt sich Julius Verfil zum erstenmal als Lustspiel- schreiber mit „Dover-Calais“ vor. Das Stück behandelt ein Thema, das offenbar in der Luft liegt und das Interesse auch der außerdeutschen Öffentlichkeit erweckt; denn eine ganze Anzahl von Bühnen Scandinaviens, Italiens und Ungarns erwarten das Werk schon im Manuscript. In der hiesigen Inszenierung durch Dr. Gerhard Storz wird das Lustspiel von Efride Albrecht und den Herren Brand, Gemme, Herz, Hofbauer, Kloebe, Müller und von der Trend darge- stellt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 3. Jan. Die Firma Esplanau-Flugzeugbau in Kassel hat Verhandlungen über eine Übersiedelung nach Mannheim eingeleitet. Das Unternehmen hat vor allem ein sehr gutes Sportflugzeug herausgebracht, das sich auf nur 4000 RM. stellt und bei einem 350er-Motor nur einen Anlauf von 20 Meter benötigt und sich außerdem durch gutes Steigvermögen auszeichnet. Das Unternehmen beabsichtigt ferner, in der Nähe von Mannheim eine Segelflugschule einzurichten und den Bau von Segelflugzeugen zu betreiben.

3. Mannheim, 3. Jan. In der Zeit vom Silvesterabend bis in die Frühstunden des heutigen Tages ereigneten sich in verschiedenen Stadtteilen Mannheims 13 Körperverletzungen, wobei vier Personen derart schwer verletzt wurden, daß sie in das Allgemeine Krankenhaus übergeführt werden mußten. Zur Anzeige gelangten zwei Personen wegen unerlaubten Schießens, acht Personen wegen Abbrennens von Feuerwerkskörpern und 49 Personen wegen Ruhestörung.

GALERIE MOOS

Kaiserstraße 187

Gemälde von 59

Arthur GRIMM

Aquarelle von Alb. W. Hoffmann

Munzsches Konservatorium

Waldstraße 79 Telefon 2313

Wiederbeginn des Unterrichts Freitag, 7. Januar

Vollständige Ausbildung in allen Fächern der Musik. Für Schüler und Hospitanten, die sich zum Orchester- musiker ausbilden, finden täglich Orchester- übungen statt

In den Lehrkörper neu eingetreten sind: Hans Vogel, Organist an der evangelischen Stadtkirche, für Orgel und Klavier; ferner Kammervirtuose Oskar Wenk vom Landestheater, für Fagott 60

trag vom 24. November

1926. Gütertrennung des

BGB. Bruchsal, 18. Dez. 1926.

Bad. Amtsgericht III.

Karlsruhe. 3.519

Güterrechtsregister ein-

träge: 1. Zu Band XI Seite

360: Lauer, Heinrich, Buchhalter, Karlsruhe, und

Gertrud geb. Anders.

Vertrag vom 23. Dezem-

ber 1926. Errungen-

schaftsgemeinschaft mit

Vorbehaltsgut der Frau.

27. XII. 26.

2. Seite 361: Herr-

mann, Friedrich, Fisch-

händler, Vinkenheim, und

Anna Karoline geb. Vef-

jerer. Vertrag vom 9. De-

3. Heidelberg, 3. Jan. Nach der letzten Statistik gibt es im Stadtgebiet Heidelberg 2968 Erwerbslose (2183 männliche und 785 weibliche). Dazu kommen 463 Krisenfürsorgeemp- fänger und 19 Notstandsarbeiter. Im ganzen Bezirk des Arbeitsamtes beträgt die Zahl der Erwerbslosen 7689.

3. Heidelberg, 3. Jan. Im hiesigen akademischen Kran- kenhaus starb ein junger Landwirtschaftsgehilfe aus Ebingen, der dort in der Neujahrsnacht auf noch nicht aufgeklärte Weise einen Schuß in den Kopf erhalten hatte. Außerdem wurden mehrere andere Personen mit Schuß- und Explo- sionsverletzungen, die sie sich beim Neujahrsfeiern zugezo- gen hatten, in die Klinik eingeliefert, einem jungen Mann mußte die eine Hand abgenommen werden.

3. Rheinhausen (N. Bruchsal), 4. Jan. Der Wasserstand des Rheins ist wieder so niedrig, daß die Fährer nach Speyer bis auf weiteres geschlossen werden muß. Die Personenbe- förderung wird durch einen Kahn aufrecht erhalten.

3. Ringolsheim (N. Bruchsal), 4. Jan. Pfarrer Jo- seph Münd, resp. Pfarrer von Ringolsheim, kann in die- sem Jahre kein 70jähriges (kupfernes) Priesterjubiläum feiern. Der Jubilar kann am 9. Januar auf 96 Lebensjahre zurüchbliden.

3. Forzheim, 3. Jan. In den Museumsräumen der Kunstgewerbeschule wird am 20. Januar eine Ausstellung „Stein und Steinschnitt“ für Schmid eröffnet werden. Die Ausstellung wird ein Bild der hohen Bedeutung geben, welche die Steinschnittbearbeitung für Forzheim und dar- über hinaus für Deutschland hat. Eine Zahl auswärtiger Museen und Industrieller beteiligen sich an dieser Ausstel- lung.

3. Waldkirch, 2. Jan. Bei der Versteigerung des Anwe- sens der Eglanbrunerei (Krumm & Seiner) wurde der Zu- schlag der Stadtgemeinde bei einem Gebot von 50 000 M. erteilt. Zu dem Industriegebäude gehört auch umfangreiche Baugelände. Für das Industriegebäude erwartet die Stadt eine baldige Verwendungsmöglichkeit.

Zeitschriftenschau

Personliche Kleidung der deutschen Frau.

Diejenige Frau, die sieht, wie schwer es ist, heute das Notwendigste anzuschaffen, wird jedes einzelne Kleidungsstück nur mit besonderer Überlegung wählen. Es muß seinen Zweck erfüllen, zu der Persönlichkeit Beziehung haben, vor allem aber sich den äußeren Formen anpassen. Betrach- tet man die Frühjahrs- und Herbstmodelle, die das Ausland zeigt, das sich bemüht, um jeden Preis etwas Neues zu brin- gen, noch raffinierteres und immer wieder Verblüffendes, so fühlen wir auf den ersten Blick, obgleich auch dort die Linie sich vereinfacht, daß hier mit dem Gedanken der persönlichen Kleidung nur gespielt wird. Die tausend kleinen Firtelhan- gereien zu raffeln und zu stecken, wie es z. B. die Französi- nin tut, liegt unseren Frauen nicht und paßt nicht zur Wehens- art unseres Volkes. So sieht uns die Notwendigkeit mit je- dem Tag deutlicher vor Augen, daß aus der Mitte unseres Volkes Frauen heraustraten, die mit sicherem Gefühl für das, was wir im Augenblick brauchen, verbunden mit gutem Farbensinn und erlebnisreichem Geschmack, Modelle schaffen, die für ihregleichen allein bestimmt sind. Selbstverständlich wird eine Übereinstimmung in vielen Fällen mit der Mode zu beach- ten sein, aber schließlich soll das Kleid, das aus gutem Ma- terial bestehen muß, um vornehm, elegant, kurz; gut zu wir- ken, nicht schon nach einem kurzen halben Jahr durch seinen Schnitt unmöglich sein. Dieser Auszug aus dem Aufsatz von Margret Heim aus dem Jahrbuch der Neuen Frauenklei- dung und Frauenkultur (XXIII. Jahrgang, Verlag G. Braun) zeigt einen großen Teil der Ziele, die die Zeitschrift erstrebt: sichere Beratung der gebildeten Frau in allen Kleid-, Geschmacks- und Kulturfragen. Das Jahrbuch enthält überaus zahlreiche künstlerische Aufnahmen von Kleidung jeder Art, Wäsche, Wollwaren, Kinderkleidung, Kunstgewerbe und Körperkultur. Textbeiträge: Das Leben als Fragment. — Jakob Wassermanns neuere Werke. — Von Arbeit und Zielen des Deutschen Werkbundes. — Erziehung des Kindes zur Kunst. — Die finnischen Ahen. — Die persönliche Klei- dung. — Das Natirliche, der Sinn moderner Körperkultur — und vieles andere. Auch erscheint das I. Heft des 23. Jahrgangs in einem neuen farbenpräudigen Gewande! Das schöne Streifenband ist einem entzückenden Vielfarben- druck. Lustige Schneeschuhfahrt, gewidmet. Beilage: Schnittmuster- bogen. Preis des Einzelheftes M. 1,20, Vierteljährlich M. 3.—, ältere Probehefte kostenlos. Bezug durch jede Buch- handlung oder den Verlag G. Braun, Karlsruhe.

Heirat!

Heise Hausbesitzerstochter, 23 Jahre alt, mit mehreren Häusern und M. 350000 bar, wünscht sich mit streb- samen Herrn auch ohne Vermögen zu verheiraten durch Adamkiewicz, Berlin W 8. 55

König Drosselbart

von Ludwig Berger
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend Musik. Leitung: A. Michner
Der König Söder Die Prinzessin Nademacher Kloebe Derz v. d. Trend Mehner

Badisches Landestheater

Mittwoch, den 5. Jan. 1926
Nachmittags

König Drosselbart

von Ludwig Berger
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend Musik. Leitung: A. Michner
Der König Söder Die Prinzessin Nademacher Kloebe Derz v. d. Trend Mehner

Abends

* D 12 Th. Gen. II. S.-Gr.
Zum erstenmal
Dover—Calais
von Julius Verfil
In Szene gesetzt von Dr. Gerhard Storz

Abends

Anfang 3 Uhr Ende geg. 5 1/2.
I. Speerth M. 3.—

Präter

Dahlen Gemme Müller Graf Mober Wert Clement

Kammerfrauen

Meister Peh Hofbauer von Ebelirsch Vofz Frau Wolf Genter Frau Bogel Fein Frau Hubelmann Frauenborfer Albrecht Genter Wödel Schneider Brand Kückenjunge Waier Schornsteinfeger Vofz

Marktfrauen

Verkäufer Mehner Mädchenjunge Brand Schornsteinfeger Vofz

Abends

* D 12 Th. Gen. II. S.-Gr.
Zum erstenmal
Dover—Calais
von Julius Verfil
In Szene gesetzt von Dr. Gerhard Storz

Abends

Anfang 3 Uhr Ende geg. 5 1/2.
I. Speerth M. 3.—

Abends

Anfang 3 Uhr Ende geg. 5 1/2.
I. Speerth M. 3.—
Do. 6. Jan. Die Puppenfee Klein Das Blumen

Druck G. Braun, Karlsruhe.